

Aus der Arbeit der Vereinigung der Juristen der DDR

Tagung des VdJ-Zentralvorstandes zur Auswertung des XI. Parteitages der SED

Am 5. September 1986 beriet auf einer erweiterten Tagung der Zentralvorstand der VdJ in Berlin und beschloß Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben, die sich aus den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED für die gesellschaftliche Tätigkeit der Vereinigung der Juristen der DDR ergeben.

Entsprechend der Orientierung auf die Schwerpunkte der Arbeit in der VdJ stand der spezifische Beitrag zur Verwirklichung der Gesellschaftsstrategie der SED im Mittelpunkt der Beratung. Juristen aus den verschiedenen Wirkungsbereichen legten eingehend ihren Standpunkt zu den jeweiligen Aufgaben und zu den höheren Anforderungen an die Aktivitäten in der VdJ dar. So sprach Vizepräsident Prof. Dr. sc. E. O e s e r darüber, wie die VdJ die Bemühungen um eine stabile völkerrechtliche Friedensordnung unterstützt, und zeigte anhand der konkreten Veränderungen der internationalen Lage auf, wie differenziert unter diesen neuen Aspekten die weitere Arbeit zu gestalten ist.

Die Unterstützung der ökonomischen Strategie wird von den VdJ-Wirkungsgruppen als eine erstrangige Aufgabe angesehen. Unter diesem Aspekt betonte Vizepräsident Prof. Dr. J. H e m m e r l i n g die höheren Leistungsanforderungen an die wissenschaftlich-technische Arbeit besonders im Hinblick auf die Schlüsseltechnologien. Er hob dabei die Einflußmöglichkeiten der Juristen auf eine niveauvolle Vertragsgestaltung im Interesse wissenschaftlich-technischer Höchstleistungen, auf die ökonomische Stimulierung von Neuerleistungen und die konsequente Durchsetzung der Rechtsvorschriften für die Leistungsbewertung in den Forschungskollektiven hervor.

Über die Aufgaben, die der XI. Parteitag für die weitere Stärkung der sozialistischen Staatsmacht, für die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und die Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Ordnung, Disziplin und Sicherheit stellte, sprachen in der Diskussion Vertreter verschiedener Bezirksvorstände und Fachgruppen der VdJ. Sie trugen interessante Gedanken und Erfahrungen über die Erhöhung der Aktivitäten der VdJ-Arbeit auf diesem Gebiet vor. Insbesondere nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen gab es zahlreiche Qualifizierungsveranstaltungen, die einen positiven Einfluß besonders auf die Rechtsarbeit in den örtlichen Staatsorganen hatten.

Weitere Diskussionspunkte waren die rechtspropagandistische Tätigkeit in der beruflichen und gesellschaftlichen Arbeit der Juristen sowie Fragen der ständigen politisch-juristischen Weiterbildung und die wissenschaftliche und geistig-kulturelle Tätigkeit im Rahmen der Berufsorganisation.

Grundlage für die Diskussion über diese Schwerpunkte und dem Beschluß über die weiteren Aufgaben bildete das vom Präsidenten der VdJ, Dr. G. S a r g e, vorgetragene einleitende Referat, aus dem folgende Auszüge veröffentlicht werden:

So wie der XI. Parteitag der SED Tradition, Kontinuität und Fortschritt vereinte, gilt es auch in der weiteren Arbeit der VdJ, die bewährte Konzeption eines eigenständigen, spezifischen Beitrags zur Verwirklichung der Gesellschaftsstrategie der SED fortzusetzen. Dabei werden die guten Erfahrungen, die VdJ-Gruppen in ganzer Breite verallgemeinert, um eine höhere Qualität in der gesamten gesellschaftlichen Tätigkeit im Sinne der Parteitagebeschlüsse zu erreichen.

Der Bericht über die gesellschaftliche Tätigkeit der VdJ seit dem X. Parteitag der SED macht das beachtliche Reservoir an Möglichkeiten und Erfahrungen sichtbar, mit dem die VdJ die bisher beste Bilanz ihrer Tätigkeit erreicht hat.¹ Die Schlußfolgerungen, Aufgaben und Ziele, die sich die zentralen Justizorgane, die wissenschaftlichen Institutionen, die Juristen in den anderen Staatsorganen, in den Kombinat und Betrieben in Auswertung des XI. Parteitages erarbeitet haben, werden von der VdJ gefördert und unterstützt.

Zur internationalen Arbeit

Die Ziele und Richtungen der internationalen Politik der SED sind auch die Schwerpunkte der internationalen Arbeit der VdJ. Die sozialistische Friedensstrategie schafft durch ihre offensiven, umfassenden- und kompromißbereiten Cha-

rakter einen weiten Raum für den internationalen Dialog und konkrete Abrüstungsschritte. Im Kampf für Frieden und Abrüstung hat auch das Wort, hat die Tat der Juristen Gewicht. Wir sind aufgefordert, mit politisch-juristischen Argumenten die Gefahren von Gewalt und Vorherrschaftsstreben in den internationalen Beziehungen sowie die Ursachen der gefährlichen Lage aufzuzeigen. Wir fördern die Bemühungen um den Bestand der erreichten Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und die Schaffung einer stabilen völkerrechtlichen Friedensordnung.

Unsere Aufgabe ist es, mit unserer internationalen Arbeit dazu beizutragen, den Vorschlägen des Sozialismus eine breite internationale Publizität zu verschaffen und die Friedensaktivitäten, besonders der Juristen in den westlichen Ländern, zu unterstützen. Dabei kommt der Zurückdrängung des Antikommunismus und Antisowjetismus wie auch der konsequenten Zurückweisung des Revanchismus nach wie vor große Bedeutung zu.

Juristische Fragen der Friedenssicherung und Probleme des Völkerrechts der Gegenwart in aktueller Auseinandersetzung mit Aktionen des Imperialismus müssen Bestandteil der rechtspropagandistischen Aktivität jeder VdJ-Gruppe sein. In der noch engeren Zusammenarbeit vor allem mit den zentralen Justizorganen und den wissenschaftlichen Einrichtungen liegen weitere Möglichkeiten, internationale Verbindungen für das Wirken der VdJ zu nutzen.

Ein belebender Auftakt war die internationale Beratung der Juristenvereinigungen im März 1986 in Moskau, deren Teilnehmer darin übereinstimmen, daß im Kampf um den Frieden die Rolle der juristischen Öffentlichkeit und das Wirken der demokratischen Juristen zunimmt.

Mit der Aggressivität des Imperialismus verstärken sich auch die ideologischen Angriffe auf den realen Sozialismus, wobei die Menschenrechte zu einem Hauptpunkt der Auseinandersetzung gemacht werden. Die sozialistischen Juristenorganisationen wollen auch auf diesem Gebiet enger zusammenarbeiten. Wir haben dabei die Aufgabe, die vielen für sich sprechenden Fakten aus dem Leben des realen Sozialismus, die die Menschenrechtsverwirklichung charakterisieren, noch wirkungsvoller für die Rechtspropaganda zu nutzen und gegen die Menschenrechtsdemagogie des Imperialismus einzusetzen.

Unser Beitrag zur Stärkung der Staats- und Rechtsordnung

Wichtige Aufgaben stellt sich die VdJ bei der weiteren Gestaltung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die vom XI. Parteitag der SED eingeleitete neue Etappe der ökonomischen Strategie ist eine enorme Herausforderung aller Potenzen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und verlangt in ihrer Konsequenz auch von den Juristen außerordentliche Leistungen. Die VdJ muß mithelfen, die Juristen mit den neuen, für das Wirken des Rechts wichtigen Bedingungen vertraut zu machen, die in der umfassenden Intensivierung, in den qualitativen Faktoren des volkswirtschaftlichen Leistungsanstiegs begründet sind. Neue Rechtsprobleme treten auf; die sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung müssen erkannt, und die Rolle des Rechts bei der Verwirklichung der ökonomischen Strategie und der Realisierung der Hauptaufgabe muß voll entfaltet werden.

Der XI. Parteitag der SED hat die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als Hauptrichtung der Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht und den hohen Rang des Rechts und der Gesetzlichkeit, von Ordnung und Sicherheit bekräftigt. Unsere Vereinigung hat sich wesentliche Aufgaben zur Festigung der Staats- und Rechtsordnung und zur Förderung der vertrauensvollen Mitwirkung der Bürger (insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit) gestellt. Auf diesem Gebiet haben Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte neben ihrem beruflichen Auftreten viele Möglichkeiten für gesellschaftliche Aktivität in der VdJ.

Von aktueller Bedeutung für unsere gesellschaftliche Tätigkeit bleibt der Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED zum Bericht der Kreisleitung Annaberg vom Oktober 1984.² Unsere Vereinigung zieht aus den Beschlüssen des XI. Parteitages die Schlußfolgerung, die gesellschaftliche

¹ Vgl. dazu die Auszüge aus dem Bericht des Sekretariats des Zentralvorstandes der VdJ in NJ 1986, Heft 5, S. 186 f.

² Vgl. dazu auch das Rundtischgespräch über die Rechtsarbeit im Kreis Annaberg in III 1986, Heft 10, S. 392.